

Quelle: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/griechenland-deutschland-macht-mit-hilfen-fuer-griechenland-milliardengewinn-1.3582710>

11. Juli 2017, 18:00 Uhr Griechenland

Deutschland macht mit Hilfen für Griechenland Milliardenengewinn



- Kredite und Anleihekäufe zu Gunsten Griechenlands bringen Deutschland jedes Jahr einen hohen Gewinn ein.
- Insgesamt beläuft sich der Profit auf 1,34 Milliarden Euro.
- Viele sind allerdings der Meinung, dass diese Erträge im Sinne echter Solidarität Griechenland zugute kommen sollten.

Von *Daniel Brössler, Brüssel*

Das Geld war schon so gut wie auf dem Weg. Unter dem Posten "Zahlung an die Hellenische Republik" tauchten im [Bundshaushalt](#) für 2015 412 Millionen Euro auf.

Angekommen ist das Geld in Athen allerdings nie. Und daran soll sich voraussichtlich auch nichts ändern. "Die Bundesregierung plant derzeit keine solche Überweisung", schrieb Jens Spahn, der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, in einer Antwort an den haushaltspolitischen Sprecher der Grünen im Bundestag, Sven-Christian Kindler. Der Betrag ist Teil einer größeren Summe, deren Existenz in Deutschland nur selten zur Kenntnis genommen wird: Es geht um Gewinne aus Krediten und Anleihekäufen zugunsten Griechenlands. Insgesamt beläuft sich der Profit auf 1,34 Milliarden Euro, wie sich aus verschiedenen Aufstellungen des Bundesfinanzministeriums für die Grünen ergibt. So wirft ein Darlehen, das die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Griechenland 2010 mit Absicherung durch eine Bundesgarantie erteilt hat, jährliche Erträge ab. Ursprünglich waren den Griechen 22,3 Milliarden Euro zugesagt worden, tatsächlich in Anspruch genommen wurden dann 15,2 Milliarden Euro.

393 Millionen Euro an Zinsgewinnen hat dieser Kredit seit 2010 erbracht - und zwar netto, also nach Abzug der Refinanzierungskosten.



Schäuble hat bei der Griechenland-Einigung getrickst

In der CDU sind die Milliardenhilfen für das Krisenland hoch umstritten und trotzdem regt sich niemand auf. Alles dank der Bundestagswahl. *Von Cerstin Gammel*
[mehr ...](#)

Jährliche Profite fließen auch aus anderer Quelle. 2010 hatte die Europäische Zentralbank (EZB) ein - 2012 beendetes - Programm zum Ankauf von Staatsanleihen (SMP) aufgelegt, um Krisenländern wie Griechenland unter die Arme zu greifen. Jahr für Jahr werfen diese Anleihen Gewinne ab, die die EZB an die Zentralbanken der Euro-Staaten ausschüttet. Für das Jahr 2016 sind das, wie sich aus einer weiteren Antwort Spahns ergibt, "rechnerisch" 1,147 Milliarden Euro, für das Jahr 2017 immerhin noch 901 Millionen Euro. In der Praxis gehen die Beträge auf im Gesamtgewinn, den die EZB ausschüttet. Seit 2015 hat sich der deutsche SMP-Gewinnanteil auf 952 Millionen Euro summiert.

"Legitim im moralischen Sinne der Solidarität ist es nicht"

Die Frage, ob diese Erträge im Sinne echter Solidarität nicht Griechenland zugute kommen sollten, stellte sich von Anfang an. Im November 2012 beschlossen die Euro-Staaten, ab 2013 die Gewinne aus dem Ankauf griechischer Staatsanleihen unter bestimmten Bedingungen an das Krisenland auszuzahlen. 2015 lief dann aber das zweite Griechenland-Programm im Streit aus. So blieben die SMP-Gewinne des Jahres 2014 auf einem Sonderkonto gesperrt. Die Gewinne aus den Folgejahren wurden erst gar nicht überwiesen, weshalb es auch nie zur 2015 im Bundeshaushalt vorgesehenen Zahlung kam. Wenn das laufende Reformprogramm 2018 vollständig umgesetzt ist, sollen nun womöglich immerhin die SMP-Gewinne des Jahres 2017 Athen zugute kommen.

"Es mag zwar legal sein, dass Deutschland an der Krise in Griechenland verdient. Legitim im moralischen Sinne der Solidarität ist es nicht", kritisiert Kindler. "Die Zinsgewinne müssen endlich an Griechenland ausgezahlt werden. Es kann nicht sein, dass Wolfgang Schäuble mit griechischen Zinsgewinnen auch noch den deutschen Haushalt sanieren will", fordert auch der EU-Experte der Grünen im Bundestag, Manuel Sarrazin.

16. Juni 2017, 12:16 Uhr Euro

Deutschland muss endlich großzügiger werden

Wenn die Euro-Länder den ewigen Kreislauf aus Schulden und Krise durchbrechen wollen, müssen Reformen her. Das mächtigste Land sollte den Anfang machen. Jetzt.



Kommentar von [Alexander Mühlauer](#)

Seit sieben Jahren ist Griechenland ein fremdbestimmter Staat. In der Politik nennt man das einen Transferleistungsempfänger, der sich von einer Milliardenangabe zur nächsten hangeln muss. Ein Ende ist nicht absehbar. Schon jetzt ist das Kreditkorsett bis zum Jahr 2060 fest geschnürt. Seit sieben Jahren wird über diese Schulden gestritten, und dabei ist so etwas wie ein Mahnmal entstanden. Denn hinter dem Problem mit Athen verbirgt sich eine größere Gefahr: Jene Währung, die Europas Staaten noch stärker miteinander verbinden sollte, ist in Wahrheit der Spaltpilz des Kontinents. Der [Euro](#) ist auch Krisengeld. Die Mischung hat es in sich: Weite Teile Südeuropas haben sich noch immer nicht von der Euro-Krise der Nullerjahre erholt. Eine Generation junger, arbeitsloser Europäer hat Angst, abgehängt zu bleiben. Weil die [EU](#) ihr Wohlstandsversprechen nicht mehr einlösen kann, suchen diese Leute nach Schuldigen. Viele machen die deutsche Sparpolitik für ihre Lage verantwortlich. Das mag falsch und ungerecht sein, gespart wird kaum noch irgendwo. Aber der Vorwurf bleibt unbeantwortet, solange es den Menschen nicht besser geht.

In Deutschland wiederum macht sich eine nicht weniger gefährliche Stimmung breit. Da gibt es einerseits das ungute Gefühl, dass es immer wieder "die fleißigen Deutschen" sind, die "den faulen Südeuropäern" ihre Schuldenmacherei finanzieren. Überhaupt scheint das Sparen in Verruf geraten zu sein, denn wie soll man Kindern erklären, dass sie ihr Geld zur Bank bringen sollen, wenn sie dort so gut wie nichts mehr dafür bekommen? Die Nullzins-Politik der [Europäischen Zentralbank](#) birgt in den Augen vieler Deutscher eine so klare wie fatale Botschaft: Sparen lohnt sich nicht mehr.

Die für den Euro zuständigen Politiker kennen diese Sorgen, sie entkräften sie aber nicht. Viel zu lange haben sie die Widersprüche innerhalb der [Euro-Zone](#) verdrängt und damit das grundsätzliche Konstruktionsproblem ihrer Währung ignoriert. Vereinfacht gesagt, gibt es nördlich und südlich der Alpen eine unterschiedliche Auffassung davon, was gute

Wirtschaftspolitik sein soll. Dieser Dissens zwischen Sparen und Verschuldung (man könnte auch sagen: Investition) muss aufgelöst werden, wenn die Währung Bestand haben soll. Dazu braucht es einen neuen Pakt für den Euro.

Der Zeitpunkt dafür wäre günstig: Der neue französische Präsident Emmanuel Macron ist bereit, am Kernproblem der Währungsunion zu arbeiten. Für [Berlin](#) bedeutet das: Auch die Bundesregierung muss jetzt auf die Sorgen und Nöte der Südeuropäer eingehen, wenn sie es nicht dauerhaft mit den Le Pens, Grillos und anderen Antieuropäern zu tun haben will. Deutschland muss, um es kurz zu machen, bereit sein, mehr zu geben.

Diese Einsicht ist nicht nur ein Gebot politischer Schwerkraft; sie ist auch ökonomisch sinnvoll. Kein Land der Währungsunion hat so stark vom Euro profitiert wie Deutschland. Es liegt also im Interesse der Bundesrepublik, die gesamte Euro-Zone zu stärken. Um eine bessere Balance für die ökonomischen Ungleichgewichte zu finden, braucht es geeignete Instrumente. Macron hat Ideen, die ernst zu nehmen sind. Etwa ein eigener Haushalt für die Euro-Zone. Dieses Budget müsste für gemeinsame Investitionen ausgegeben und aus Steuern finanziert werden. Zum Beispiel durch eine CO₂-Steuer, die einer gemeinsamen [Arbeitslosenversicherung](#) zugutekommt.

Es braucht eine stabile Währungsunion - allein aus Selbstschutz

Eine Währungsunion, die so stabil sein soll wie die USA oder die Schweiz, braucht eine gemeinsame politische Steuerung. In [Europa](#) nennt man das: Fiskalunion. Doch so weit ist die Gemeinschaft noch nicht. Zu groß ist die Gefahr, mit neuen EU-Verträgen in (dann fälligen) Volksabstimmungen zu scheitern. Machbar wären aber Projekte, die zwischen einzelnen Staaten verabredet werden. So würde ein Europäischer Währungsfonds die Union nicht nur stärken, sondern auch ein Stück weit unabhängiger machen. Europa muss bereit sein, ähnlich wie bei der Verteidigung, auch in der Finanz- und Wirtschaftspolitik mehr Verantwortung zu übernehmen. In einer Welt, in der man sich auf alte Bündnispartner nicht mehr wirklich verlassen kann, ist das unumgänglich. Schon allein aus Selbstschutz braucht es eine starke und stabile Währungsunion.

Aus deutscher Sicht ist es fast schon tragisch. Der Euro sollte die Bundesrepublik fester in die Gemeinschaft einbinden und ja, auch bändigen. Der Verzicht auf die D-Mark wurde demnach auch wie ein Geschenk an Europa verstanden. Doch mit dem Gemeinschaftsgeld wurde [Deutschland](#) unverhältnismäßig mächtig. Nun ist Zeit für neue Großzügigkeit.



2. Juli 2016, 11:49 Uhr Griechenland

Mehr als 400 000 Griechen während Wirtschaftskrise ausgewandert

- 427 000 Griechen haben ihr Land in der Krise verlassen. Das geht aus einer Studie der griechischen Zentralbank hervor.
- Dabei handelt es sich hauptsächlich um junge, gut ausgebildete Griechen - ganz im Gegensatz zu früheren Auswanderungswellen.

In der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise haben seit 2008 etwa 427 000 Griechen ihr Land verlassen und Arbeit im Ausland gesucht. Das geht aus einer Studie der griechischen Zentralbank hervor, die am Samstag in der [griechischen Zeitung "Kathimerini"](#) veröffentlicht wurde. Demnach wandern seit 2013 sogar jährlich mehr als 100 000 Menschen aus - und ein Ende der Auswanderungswelle sei nicht in Sicht.

Der Hauptgrund, aus dem die Griechen ihr Land verlassen, ist dem Report zufolge die hohe Arbeitslosigkeit, die unverändert bei über 25 Prozent liegt. Unter jungen Menschen beträgt sie mehr als 50 Prozent.

Entscheidender Unterschied zu früheren Auswanderungswellen

Auch wenn es nicht das erste Mal ist, dass Griechen in einer Auswanderungswelle ihr Land verlassen, so gibt es doch einen entscheidenden Unterschied zu den Wellen Anfang des 20. Jahrhunderts und in den Sechziger- und Siebzigerjahren: Dieses Mal sind es in der Mehrzahl junge und gut ausgebildete Menschen.

Dem Bericht zufolge wanderten in den vergangenen Jahren besonders viele Ärzte und Ingenieure sowie junge Akademiker direkt nach ihrem Abschluss aus. Ihre Zielländer seien vor allem [Großbritannien](#), Deutschland und in die Vereinigten Arabischen Emirate. In den Sechziger- und Siebzigerjahren hingegen wanderten etwa eine Million Griechen aus, um als Industriearbeiter Arbeit in Deutschland und Belgien zu finden. Eine fachliche Ausbildung hatte damals kaum jemand von ihnen.

"Es ist kein Zufall, dass beide Phasen auf eine intensive Zeit des Umbruchs und der Rezession folgen", sagt die Ökonomin und Autorin des Reports Sofia Lazaretou. "Sie haben die Kluft zwischen unserem Land und weiter entwickelten Ländern vergrößert und den massenhaften Weggang junger Menschen befördert, die auf der Suche nach neuen Möglichkeiten und Perspektiven sind."

Steigt die Zahl der Auswanderer im Jahr 2016 erneut im Vergleich zu den beiden Vorjahren, so könnten im Jahr 2017 insgesamt bereits deutlich mehr als eine halbe Million Menschen das Land verlassen haben. Bei einer Bevölkerung von etwa 10,8 Millionen Menschen entspräche das fast fünf Prozent der griechischen Gesamtbevölkerung.